

Wenig Aussicht für Snowden

Spionageaffäre Der Enthüller wird wohl nicht in Deutschland als Zeuge aussagen können.

Zwei Mitarbeiter vom Bundesnachrichtendienst sind am Donnerstag in dem Untersuchungsausschuss zu Gast, der die Spionageaffäre aufklären soll. Das ist die 121. Sitzung. Zuvor haben die Obleute aber eine spektakuläre Entscheidung zu treffen. Es geht um eine Zeugenaussage des Enthüllers Edward Snowden. Darauf dringt die Opposition seit zwei Jahren. Eine Ermittlungsrichterin des Bundesgerichtshofs (BGH) hatte unlängst entschieden, dass Union und SPD, welche die Mehrheit im Ausschuss haben, sich diesem Begehren nicht widersetzen könnten. Die suchen jetzt nach einem Ausweg.

Wenn Grüne und Linke sich durchsetzen würden, müsste der Ausschuss die Bundesregierung um Amtshilfe bitten. Kanzlerin Angela Merkel müsste Snowden freies Geleit gewähren. Die Regierung hat aber schon 2014 deutlich gemacht, dass nach ihrer Ansicht rechtliche und politische Gründe einer Zeugenaussage Snowdens auf deutschem Boden entgegenstünden. Demnach wäre sie im Falle zu einer Auslieferung an die USA verpflichtet, falls Snowden von seinem derzeitigen Exil in Moskau nach Berlin kommen würde.

Dem Vernehmen nach erwägen Union und SPD zunächst eine Beschwerde gegen die Entscheidung des BGH, der für Verfahrensfragen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zuständig ist. Dann müsste anstelle der Ermittlungsrichterin ein Strafsenat über den Snowden-Antrag entscheiden. Im Zweifelsfall stünde anschließend noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht offen. Mit einem weiteren Schritt auf dem Rechtsweg würde die große Koalition auf jeden Fall Zeit gewinnen. Die letzte Sitzung des Untersuchungsausschusses ist für den 16. Februar anberaumt. Dann soll Kanzlerin Merkel als Zeugin gehört werden. Der Untersuchungsauftrag des Gremiums endet mit der laufenden Wahlperiode. Union und SPD wollen den Ex-Mitarbeiter der National Security Agency in Moskau oder via Videokonferenz einvernehmen. Dem haben sich Snowdens Anwälte aber bisher widersetzt. Der 33-jährige habe ein „uneigennütziges Interesse“, in Deutschland auszusagen, müsse aber vom Zugriff deutscher und ausländischer Strafbehörden verschont bleiben. *kä*

Gesetzentwurf

Unterhaltsreform verzögert sich

Die Unterhaltsreform für Alleinerziehende verzögert sich. Bund und Länder wollen erst am Donnerstag kommender Woche versuchen, ihren Streit über die Finanzierung beizulegen, hieß es aus Regierungskreisen. Damit kann der Bundestag den Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) in diesem Jahr nicht mehr verabschieden.

Alleinerziehende, deren Ex-Partner nicht für gemeinsame Kinder zahlen, bekommen Unterhaltsvorschuss. Heute erhalten Kinder den Vorschuss bis zum 12. Geburtstag und höchstens sechs Jahre lang. Künftig soll die Befristung entfallen und bis zum 18. Lebensjahr ausgeweitet werden. Bundesweit beziehen 440 000 Eltern den Unterhaltsvorschuss. *epd*

SPD-Kanzlerkandidat

Hannelore Kraft nährt Spekulationen

Die Entscheidung über den SPD-Kanzlerkandidaten ist gefallen – behauptet jedenfalls Hannelore Kraft. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin und SPD-Bundesvorsitzende sagte am Montagabend in Düsseldorf: „Ich weiß, wer es wird, aber ich sage es Ihnen nicht.“

Kraft hatte sich vor zwei Wochen bereits für Parteichef Sigmar Gabriel ausgesprochen. Im Mai nächsten Jahres wird in NRW gewählt. Kraft, die Regierungschefin in Düsseldorf bleiben will, dringt seit Längerem auf eine Entscheidung bei der Kandidatenkür. Sie will Klarheit haben, bevor der Wahlkampf an Rhein und Ruhr richtig losgeht. Die SPD-Spitze hatte sich kürzlich darauf festgelegt, dass der Kanzlerkandidat erst Ende Januar bei einer Vorstandsklausur verkündet werden soll. *dpa*

Kontakt

Politikredaktion

Telefon: 07 11/72 05-11 31
E-Mail: politik@stzn.de

Nach der Flucht und vor dem neuen Leben

Zur Unterstützung von Geflüchteten stellt das Land in den kommenden beiden Jahren 320 Millionen Euro zu Verfügung. Im Bundestag präsentiert die CDU-Landesgruppe Pläne für eine bessere Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

320 Millionen Euro für die Integration

Integration Das Land unterstützt die Kommunen bei der Integration. Diese fordern Gestaltungsspielräume. *Von Maria Wetzel*

Wer Flüchtlinge aufnimmt, soll dafür auch Geld bekommen. 1125 Euro pro Person und Jahr erhalten die Kommunen künftig, damit sie Neuankommlinge, die voraussichtlich in Deutschland bleiben werden, bei der Integration unterstützen können. Insgesamt 180 Millionen Euro stellt ihnen das Land in den nächsten beiden Jahren für diese Aufgaben zur Verfügung. Mit weiteren 140 Millionen Euro sollen konkrete Integrationsförderprogramme vor Ort finanziert werden. Das hat Sozial- und Integrationsminister Manfred Lucha (Grüne) am Dienstag in Stuttgart angekündigt.

Noch vor Weihnachten sollen die Verhandlungen beginnen und im Februar abgeschlossen sein, wenn der Haushalt 2017 im Landtag verabschiedet wird. „Wir stellen uns der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, aus untergebrachten Geflüchteten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu machen“, so Lucha.

„Unsere Aufgabe ist, aus Geflüchteten Mitbürger zu machen.“

Manfred Lucha, Integrationsminister

nutzen – dazu zählen Angebote in den Bereichen Arbeitsmarkt, Sprache, Schule, Kindergarten, Wohnung, Vereinsleben und soziales wie kulturelles Leben. Zudem sollen sie in den Kommunen Verständnis für die neuen Mitbürger wecken. Dabei sollen Beratungsstellen und Angebote genutzt werden. Die Landesregie-



Flüchtlinge brauchen auch Informationen über den Arbeitsmarkt.

Foto: dpa

rung geht davon aus, dass etwa 80 000 Flüchtlinge dauerhaft in Baden-Württemberg bleiben werden.

Die kommunalen Landesverbände sind erleichtert, dass die Verhandlungen endlich beginnen. Die Regelungen müssten pragmatisch sein „und den Bedürfnissen vor Ort Rechnung tragen“, forderte Gemeindefratspräsident Roger Kehl. Kommunen müssten festlegen können, welche Aufgaben die Case-Manager erfüllen und welche Voraussetzungen sie mitbringen müssten. „Viele Kommunen haben bereits Integrationsbeauftragte, die ebenfalls die Flüchtlingsarbeit koordinieren.“ Städtetags-Geschäftsführerin Gudrun Heute-Bluhm warnte davor, bisherige

Programme zu kürzen, weil nun aus dem Pakt für Integration Bundesmittel für die Kommunen fließen.

Ein Integrationspakt sei längst überfällig, erklärte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Die Kommunen spielten bei der Integration „eine entscheidende Rolle“. Die SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Wölfe forderte die Landesregierung auf, die Kommunen deutlich besser zu unterstützen. „Es geht nicht an, dass Grün-Schwarz mit jeder Menge Bundesmitteln und mit umgeschichteten bisher kommunalen Geldern die Integration von Flüchtlingen regelt, die Kommunen aber zugleich für die Sanierung des Landeshaushalts zur Kasse bittet.“

HILFE BEI DER INTEGRATION

Management Zunächst wird ein Hilfeplan erstellt. Dazu werden alle beruflichen und sprachlichen Qualifikationen erfasst, über Fragen wie die gesundheitliche Lage, finanzielle Situation, kulturelle Vorlieben, religiöse Zugehörigkeit gesprochen und ermittelt, mit welchen Maßnahmen jemand beginnt.

Hilfe In dem Hilfeplan wird dann festgehalten, welche Angebote, etwa Sprachkurse oder Praktika, anstehen und in welcher Weise sie genutzt werden sollen. Entschieden wird auch, wer welche Aufgaben übernimmt, zum Beispiel, um die Abstimmung mit ehrenamtlicher Hilfe zu gewährleisten. *maw*

Schnelle Vermittlung, dafür weniger Lohn

Positionspapier Die Landesgruppe der CDU im Bundestag will Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. *Von Norbert Wallet*

Die Landesgruppe der Unionsfraktion im Bundestag schaltet sich mit einem eigenen Positionspapier in die anhaltenden Debatten über die bessere Integration bleiberechtigter Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt ein. „Schnelle Vermittlung“ und „weniger Bürokratie“ sind dabei die Ziele, die in dem Papier, das unserer Zeitung vorliegt, genannt werden. Dazu beitragen sollen vor allem zwei Maßnahmen: verbesserte Möglichkeiten zur sofortigen Arbeitsaufnahme und zur Einstellung unterhalb des ortsüblichen Lohns.

Flüchtlinge, die eine Bleibeperspektive haben, sollen „nach einer kursorischen Prüfung sofort eine Arbeitsstelle antreten können“, heißt es in dem Forderungskatalog. Die weiteren Voraussetzungen sollen durch die Behörden „parallel dazu“ geprüft werden. Sollte das Ergebnis dieser Prüfung negativ ausfallen, „entfällt die Genehmigung ab diesem Zeitpunkt, sonst

kann die Beschäftigung fortgesetzt werden“. Die Landesgruppe will damit eine „oft monatelange Wartezeit für Betriebe und Flüchtlinge“ vermeiden.

Der zweite zentrale Punkt des Positionspapiers ist politisch brisanter. „Bei der Einstellung von Flüchtlingen muss es möglich sein, den ortsüblichen Lohn zu unterschreiten“, heißt es in dem Text. Hierzu soll bei der Prüfung der Beschäftigungsbedingungen für Flüchtlinge mit eingeschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt eine entsprechende Ausnahme in die Beschäftigungsverordnung aufgenommen werden. Landesgruppenchef Andreas Jung sieht darin keine Schlechterstellung gegenüber deutschen Arbeitnehmern. „Bei deutschen Arbeitssuchenden gilt bei der Eingehung eines Arbeitsverhältnisses der Mindestlohn, nicht aber bei in Baden-Württemberg in aller Regel darüber liegende ortsübliche Lohn“, sagte Jung unserer Zeitung.

Diese Forderung dürfte politisch die heftigsten Debatten auslösen. Die Südwest-Landesvorsitzende der SPD, Leni Breymaier, nannte den Vorstoß „populistisch“ und „überflüssig“.

Eine weitere Forderung ist die Verbesserung der Struktur der Arbeitsvermittlung. Die Landesgruppe möchte, dass Arbeitsagentur, Jobcenter und Ausländerbehörde „wo immer möglich“ unter einem Dach in sogenannten gemeinsamen Plattformen arbeiten. In Baden-Württemberg ist das bereits in rund 40 Prozent der Landkreise der Fall. Vorge schlagen wird auch die Öffnung des Au-pair-Programms „für junge, erwachsene weibliche Flüchtlinge“. Interessierte Flüchtlinge sollen so die Möglichkeit erhalten, bis zu einem Jahr in einer deutschen Familie zu wohnen und zu arbeiten.

Von Januar bis September wurden im Land 28 000 Flüchtlinge registriert. Im Jahr 2016 wurden fast 80 000 Asylanträge gestellt. Gerade einmal 600 Flüchtlinge haben zum 1. September eine Ausbildung begonnen. In diesem Jahr haben zudem (Stand Ende September) rund 14 500 Flüchtlinge eine Arbeit aufgenommen.

Bundesverfassungsgericht

Ja zum Kopftuch im Kindergarten

Eine muslimische Erzieherin darf bei ihrer Arbeit in einer Kindertagesstätte ein Kopftuch als Ausdruck ihrer religiösen Selbstbestimmung tragen. Das geht aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Fall einer Erzieherin in Sindelfingen hervor. „Ein islamisches Kopftuch“ ist in Deutschland nicht unüblich, sondern spiegelt sich im gesellschaftlichen Alltag vielfach wider“, schreiben die Richter zur Begründung. Es gebe keinen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, „von der Wahrnehmung anderer religiöser oder weltanschaulicher Bekenntnisse verschont zu bleiben“, hieß es in dem Beschluss weiter. (AZ: 1 BvR 354/11)

Die Stadt hatte der Erzieherin wegen Verstoßes gegen ein zu dem Zeitpunkt in Baden-Württemberg bestehendes Kopftuchverbot eine Abmahnung ausgesprochen. Dagegen wehrte sich die in der Türkei geborene Frau mit deutscher Staatsbürgerschaft. Die Gerichte bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht hatten gegen sie entschieden. *dpa*

Deutschland will die Welt zusammenhalten

G-20-Vorsitz Das Kabinett beschließt die Agenda der deutschen Präsidentschaft, die im Zeichen Trumps steht. *Von Christopher Ziedler*

Das Logo ist Programm. Der Kreuzknoten, der ein schwarz-rot-goldenes Tau mit einem anderen bunten Seil zusammenbindet, steht nicht nur für die Hafencity Hamburg, wo Anfang Juli 2017 auf dem Messegelände das Gipfeltreffen der 20 größten Wirtschaftsnationen stattfindet. Die Bundesregierung will damit symbolisieren, dass nationale Alleingänge zur Lösung globaler Probleme nicht taugen. So lautet das Motto ihrer G-20-Präsidentschaft, die an diesem Donnerstag beginnt: „Die vernetzte Welt gestalten“.

Das Kabinett wird tags zuvor, also an diesem Mittwoch, die inhaltlichen Schwerpunkte dafür beschließen. Ein elfseitiges Papier benennt die Herausforderungen, vor der „das bedeutendste Forum für wirt-

schafts- und finanzpolitische Zusammenarbeit“ steht. Ganz allgemein soll wegen der anhaltend schwachen Erholung vom Crash 2008 „die Widerstandsfähigkeit der Weltwirtschaft“ besser werden. Da geht es um die Zukunft der Handelspolitik wie um zusätzliche Regeln für das Finanzsystem. Das Stichwort „Schattenbanken“ hat Kanzlerin Angela Merkel bereits genannt.

Ihr geht es aber nicht nur um ökonomische Fragen. So müssten die G-20 „in weiteren Bereichen Verantwortung übernehmen, die Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit weltweit sowie die wirtschaftliche Entwicklung haben“. Ganz vorn auf der deutschen Prioritätenliste steht dabei die Fluchtursachenbekämpfung in Afrika. „Nachhaltige Privatinvestitionen“ etwa in

die Infrastruktur oder erneuerbare Energien sollen angeregt, Institutionen wie das UN-Flüchtlingshilfswerk gestärkt werden.

Aufgerufen werden aber auch Themen der globalen Gesundheit, der Zugang zu Wasser oder eine produktivere, weil digitalere Landwirtschaft, die die wachsende Weltbevölkerung ernähren kann.

In der Bundesregierung heißt es, ihre G-20-Agenda definiere bewusst nur allgemein die Herausforderungen, ohne konkrete Lösungsvorschläge vorzugeben. Als Grund dafür wird genannt, dass bei vielen Teilnehmern noch gar nicht sicher sei, ob sie zu neuen internationalen Verpflichtungen bereit sein werden. Das betrifft nicht nur den frisch gewählten US-Präsidenten Donald Trump, aber die Unsicherheit über seine künftige Politik setzt das größte Fra-

gezeichen hinter den deutschen G-20-Vorsitz. Was wirklich erreichbar sein wird, könne sich erst im Laufe der sechs Ministertreffen unter anderem in Baden-Baden und Düsseldorf und schließlich beim Hamburger Gipfel zeigen, heißt es.

„Verunsicherung und Sorgen“, die zur Trump-Wahl, dem Brexit-Votum und dem Aufstieg der AfD geführt haben, sollen dort ausdrücklich Thema sein – indem die Beschlüsse demonstrieren, „dass die Vorteile der Globalisierung und weltweiter Vernetzung zugleich verstärkt und breiter geteilt werden“. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac, das Protestaktionen plant, reagiert schon jetzt kritisch auf die deutsche Agenda. Sozialabbau und das Festhalten am Freihandel kämen einem „Programm für den nächsten Crash“ gleich.



2017 empfängt Merkel ihre G-20-Kollegen in Hamburg.

Foto: AP